

EU neu begründen - / Nein zur EU der Banken und Konzerne

Teil 1. Die Ausgangslage

Die Europäische Union erlebt momentan eine tiefgreifende Krise: Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008-2009 bricht wieder auf. Dies zeigt sich an neuen Drohungen der Troika gegenüber Griechenland, am Ausgang des Referendums über den Brexit, an der Bankenkrise in Italien und an den Reaktionen auf die Panama-Papiere. Hinzu kommen ungelöste Probleme wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit und das Stocken der TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA. Der Umgang der EU mit der Flüchtlingskatastrophe, die Forcierung der Freihandelsabkommen (TTIP, CETA, TISA, EPA) und vor allem das Diktat gegen Griechenland zeigt, dass die EU neoliberal, undemokratisch und militaristisch ist.

Offen wird die Krise auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen. Mit brutaler Gewalt, fundamentalen Menschenrechtsverletzungen und dem Zerschlagen eines Minimalkonsenses zwischen den EU-Mitgliedstaaten (Dublin-Abkommen) wird die Festung Europa ausgebaut. Die Ungleichgewichte und die Verschärfung der sozialen und ökonomischen Spaltung zwischen den kapitalistischen EU-Staaten beantworten die Regierungen mit Scheinlösungen wie Demokratie-Abbau (Bundeswehr-Einsatz im Inneren, Ausnahmezustand in Frankreich) und verstärkten Militär- und Kriegseinsätzen außerhalb der EU. Die herrschenden Eliten sind nicht in der Lage, die Krise konstruktiv zu lösen, sondern verlagern sie nur und lenken davon ab, dass sie die Krise und Flüchtlingsbewegung verursacht haben.

Teil 2: Europa braucht einen sozialen, demokratischen und friedlichen Neustart durch Aufbau einer solidarischen, toleranten Zivilgesellschaft.

Gesellschaften, die sich in der Geschichte der Menschheit nach außen abgeschottet haben, hatten und haben keine Zukunft. Nur offene Gesellschaften, die sich Herausforderungen stellen und anderen Ideen und Kulturen öffnen, können sich entwickeln. Eine Rückkehr zu konkurrierenden Nationalstaaten befördert Rechtsextremismus im Innern und Kriege nach außen – das lehrt die Geschichte.

Es muss Alleinstellungsmerkmal der LINKEN sein, dass wir konkrete Tagesforderungen gegen die Verarmungspolitik mit der Utopie einer neuen europäischen Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene verbinden. So sollten wir entsprechend der Losung „Global denken – lokal handeln“ den Aktionen gegen die Steuerflucht nach Panama mit der Notwendigkeit einer Vermögenssteuer zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben verknüpfen.

Für das Thema einer neuen solidarischen Zivilgesellschaft sind drei Punkte nötig.

Der **erste grundlegende** Punkt ist die Neubelebung und Verteidigung der Menschenrechte: Kein Mensch ist illegal – illegal sind die vom internationalen Kapital verursachten Fluchtursachen wie Krieg, Hunger, Elend und Zerstörung von Lebensraum, die aktuell Millionen Menschen zwingen, ihre Heimat und ihre Familie zu verlassen. Die Spaltung der Flüchtlinge in solche aus Bürgerkriegsländern und in solche aus angeblichen „sicheren Herkunftsstaaten“ ist Willkür und verstößt gegen

fundamentale Menschenrechte. Hier brauchen wir eine Auseinandersetzung und eigene Bildungsarbeit mit Hilfe von Veranstaltungen zu vier Aspekten:

a. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, kurz: UN-Sozialpakt (1966)

b. den ökonomischen und ökologischen Fluchtursachen in Afrika und Asien, verbunden mit einer Kritik der EU-Handelspolitik (inklusive ihrer Verschärfung durch CETA und TTIP)

c. Macht der Banken und Konzerne über die EU

d. Ablehnung des Lissabon-Vertrags inklusive der Verpflichtung zur militärischen Aufrüstung und Ablehnung der EU-Militär- und Kriegseinsätze.

Der **zweite Punkt** ist der Kampf gegen die wachsende soziale Spaltung in unserer Gesellschaft durch Hartz IV, Niedriglöhne und Armut. Sie entwürdigt immer größere Teile der Bevölkerung und verhindert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dagegen wächst der Widerstand von DGB, Paritätischem, Kinderschutzbund und kirchlichen Organisationen, mit denen wir uns verbünden müssen.

Der Kampf für eine soziale Zukunft ist Grundlage, um Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland und in der EU zu bekämpfen und diesen Kräften den Boden zu entziehen. Dazu hat DIE LINKE zahlreiche Beschlüsse gefasst, die wir offensiver vor Ort umsetzen müssen.

Der **dritte Punkt** verfolgt das Motto: Menschenrechte kennen keine nationalen Spaltungen – für eine solidarische Politik im Inneren der Gesellschaft. Dies umfasst Aktionen und Veranstaltungen für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, für ihre sofortige Integration in Sprachkurse, den Arbeitsmarkt bzw. Ausbildung und für eine Gesundheitskarte. Hier verbinden wir tagespolitische Forderungen mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus.

Dabei können und müssen wir uns stützen auf das größte Engagement vieler Menschen seit dem Zweiten Weltkrieg. Das solidarische Engagement für eine bisher einmalige „Willkommenskultur“ ist der politische Kern der aktuellen Krise, gegen den die Herrschenden im Inneren vorgehen wollen.

Der Landesverband der LINKEN unterstützt diesen Anstoß und fordert die Bundespartei auf, in diese Richtung tätig zu sein.